Morgen-Ausgabe

Einzelpreis 10 Pfennig.

Hallesche Zeitung
Landeszeitung für die Provinz Sachsen
für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 219 — Nr. 278 a

Ja ganz Halle die einzige 2 mal täglich erscheinende Zeitung

Bezugspreis: monatlich 2 w. Mk., bei 2maliger Zustellung 2,60 G.-Mk., ausschließlich Zustellungsgebühr. — Bestellungen nehmen amtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Austrägerinnen entgegen. — Höhere Gewalt, mündiger Betrieb oder sonstige Störungen berechtigen weder zur Kürzung des Bezugspreises noch zu Ersatzansprüchen.

Halle-Saale

Freitag, 26. Nov. 1926

Anzeigenpreis: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile 15 Pfennig. Kleine Anzeigen 8 Pfennig, Familien-Anzeigen 6 Pfennig. Stellengesuche 6 Pfennig. Die 3 gespaltene 90 mm breite Reklame-Millimeterzeile 70 Pfg. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale. Für Platzvorschriften u. telephonisch übermittelte Anzeigen übernehmen wir keine Garantie

Geschäftsstelle Halle-Saale, Leipziger Straße 61/62. — Fernruf Zentrale 27 801, abends von 7 Uhr an Redaktion 25 609 u. 25610 — Postscheckkonto Leipzig 20 512.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Thiele Halle-Saale.

Der Kampf gegen Schmutz und Schund

Um den Gesetzesentwurf

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 25. November. Der Kampf um den Gesetzentwurf zur Bekämpfung von Schmutz- und Schundliteratur ist auf seinem Höhepunkt angelangt, da der Reichstag sich damit morgen in zweiter Lesung befassen wird. Die deutsche Oeffentlichkeit hat ein Jahr lang Zeit, sich mit dem Gesetzentwurf und den damit zusammenhängenden Fragen zu beschäftigen. Eine ganze Literatur für und gegen gesetzliche Maßnahmen auf diesem Gebiet ist entstanden. Daß die Ansichten sehr weit auseinandergehen, ist selbstverständlich. Aber auch die Kreise, die ein derartiges Gesetz für notwendig halten, haben sowohl an dem Entwurf der Reichsregierung wie auch an den Aenderungen des Reichstagsausschusses scharfe Kritik geübt. Mit der Fassung, wie sie der Reichstagsausschuß beschlossen hat, ist keine Partei einverstanden. Fest steht, daß die Sozialdemokraten nicht und Kommunisten das Gesetz „grundsätzlich ablehnen, wobei es jedoch noch zweifelhaft ist, ob die Sozialdemokraten nicht doch für einzelne Bestimmungen des Gesetzes stimmen werden, um den Parteien zu helfen, die eine liberalere Fassung des Gesetzes erstreben.

Für die morgige Beratung haben alle Parteien die verschiedensten Abänderungsanträge gestellt, über die bei der Beratung der einzelnen Paragraphen abgestimmt werden muß. Die Reichsregierung hofft, daß sie das Gesetz in stark abgeänderter Form mit wechselnden Mehrheiten doch durchbringen wird. Welche Fassung die einzelnen Bestimmungen erhalten, ist noch gar nicht vorauszusehen. Sehr lebhaft wird vor allem über die Frage der Reichs- oder Landesprüfstellen gestritten werden. So sind zum Beispiel die Deutschnationalen für Landesprüfstellen, während die Demokraten eine Reichsprüfstelle befürworten. Auch verschiedene andere Bestimmungen des Entwurfes werden scharf umkämpft werden, da Schriften „wegen ihrer politischen, sozialen, ethischen oder weltanschaulichen Tendenz als solcher nicht auf die Liste gesetzt werden. Diese einmalige „als solcher" hat bei den meisten Parteien starken Anstoß erregt und auch von ganz unparteiischer und sachverständiger Seite werden gegen eine derartige Formulierung stärkste Bedenken erhoben, denn hierdurch werden die Grenzen so unsagbar bestimmt, daß dieses „als solcher" Tür und Tor für alle möglichen Auslegungskünste bietet.

Der Reichstag hat also für die nächsten Tage ein recht großes Arbeitspensum, wenn er über alle Anträge und über etwa 30 Paragraphen des Gesetzes abstimmen will. Ueber ein Jahr hat der Gesetzentwurf dem Reichstagsausschuß vorgelegen. Alle Interessierten, Beteiligten und Unbeteiligten hatten genügend Zeit, zu den Fragen der gesetzlichen Schmutz- und Schundbekämpfung in der Literatur Stellung zu nehmen. Jetzt, in letzter Stunde, ist die Sektion für Dichtkunst der Preußischen Akademie der Künste mit einer Kundgebung zu dem Gesetzentwurf auf den Plan getreten. Bemerkenswert hierbei ist, daß dies die erste Erklärung ist, mit der sich die Dichterakademie an die Oeffentlichkeit wendet. Hier befindet sie sich auf ihrem ureigensten Gebiet, denn es handelt sich um nicht mehr und nicht weniger als um die Freiheit des deutschen Geistes und der deutschen Literatur. Die Dichter, die in der Kundgebung geehrt gemacht werden, müssen von jedem, gleichviel, wie er zur gesetzlichen Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur steht, geehrt werden. Die Dichterakademie sieht in der Errichtung einer großen Anzahl von Landesprüfstellen, für deren einheitliche Auffassung und Beurteilung nicht die geringste Gewähr besteht, obwohl ihr Urteil für das ganze Reich bindend sein soll, eine Quelle dauernder Unzuträglichkeiten. Zustimmen wird man auch müssen, daß der Entwurf sehr bedenklich ist, da in ihm nicht der leiseste Versuch gemacht worden ist, den Begriff „Schmutz und Schund" zu umreißen, so daß das deutsche Schrifttum der willkürlichen Auslegung jeder einzelnen Prüfstelle ausgeliefert ist. Wenn die Dichterakademie zu dem Schluß kommt, daß es besser ist, große Summen für gute Volksbücher und Volksbücherein auszugeben, als diese zur Bestreitung der kostspieligen Prüfstellen und der Reichsoberprüfstelle zu verwenden, so kann dem nur beigepflichtet werden, zumal der Erfolg des ganzen Gesetzes außerordentlich fraglich ist. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die aufgewendeten Mittel in keinem Verhältnis zum Nutzen stehen.

Die Dichterakademie zum Schmutz- und Schundgesetz

Berlin, 25. Nov. Die Sektion für Dichtkunst der preußischen Akademie der Künste veröffentlicht in der Form eines Gutachtens eine Erklärung zu dem Entwurf des Gesetzes zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften, in der es heißt, daß dieser Gesetzentwurf kein wirksames Instrument zur Bekämpfung des Schunds und Schmutzes im Schrifttum darstellen würde, darüber hinaus berge der Entwurf geradezu unübersehbare Gefahrenmomente für die Geistesfreiheit in der deutschen Republik in sich. Die in dem Gesetzentwurf vorgesehene Möglichkeit einer Prüfung durch die Reichsoberprüfstelle könne, auch wenn sie zum Erfolg führe, nach den vorgesehenen Bestimmungen den ungeheuren Schaden nicht wieder gutmachen, der inzwischen dem Autor moralisch und wirtschaftlich zugefügt worden sei. Das Gesetz sei überflüssig, da die bestehenden Gesetze bei richtiger Anwendung vollkommen ausreichten, um den wirklichen Schund und Schmutz zu treffen. Die Erklärung empfiehlt, daß man die Summen, die man infolge Annahme des Gesetzes für durchaus unproduktive Zwecke aufwende, zur Stiftung von guten Volksbüchern und Volksbücherein verwende und so Schund und Schmutz durch schöpferische Leistungen zu verdrängen suche.

Hamburgische Verbände gegen das Schund- und Schmutzgesetz

Hamburg, 25. Nov. Die Hamburgischen Vorstände des Verkehrsbundes geistiger Arbeiter, des Reichsverbandes der Deutschen Presse, des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller, des Journalisten- und Schriftstellervereins, der Literarischen Gesellschaft, der Kunstgesellschaft, der dreißig im Friedenskartell zusammengeschlossenen Verbände und des Deutschen Monistenbundes haben an den Reichstag die Bitte um Ablehnung des Gesetzentwurfes des Schund- und Schmutzgesetzes gerichtet. Der Mangel einer Definition, ja die Unmöglichkeit einer eindeutigen Begrenzung der Begriffe Schund und Schmutz, sowie die Zusammensetzung der Prüfstellen schlössen es aus, daß das Gesetz in der Praxis auf den Schutz der Jugend beschränkt bleibe. Das Gesetz bedeute vielmehr eine Bedrohung des freien, geistigen Schaffens und damit eine Schädigung der kulturellen Entwicklung unseres Volkes. Da jedes literarische Werk vor die Prüfstellen gebracht werden könne, stelle sich der Entwurf in seiner Auswirkung als die Einführung eines durch die Reichsverfassung ausgeschlossenen Zensurgesetzes dar.

Die Zusammensetzung des Verwaltungsrates der Reichsbahn

Berlin, 25. November. Bei der Sitzung des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahngesellschaft hat die im Statut vorgesehene Auslosung stattgefunden. Es sind durch das Los die Herren von Siemens, Dr. Luther, Batocki von den von der Reichsregierung ernannten Mitgliedern, die Herren von Miller, München, Staatssekretär a. D. von Bergmann und der Präsident Jahr von den vom Treuhänder ernannten Mitgliedern ausgelost worden. Sie scheiden mit dem 31. Dezember 1926 aus dem Verwaltungsrate aus. Das Ergebnis ist sofort der Reichsregierung mitgeteilt worden, die in der Zwischenzeit schon eine erste Beratung in dieser Angelegenheit abgehalten hat. Wie die „Telegraphen-Union" erfährt, ist man auch in Kreisen der preußischen Regierung entschlossen, die Reichsregierung bei dem Tage der Wiederwahl aller von der Reichsregierung zu benennenden Mitglieder zu unterstützen, um dadurch den Treuhänder zu veranlassen, auf sein ihm statutenmäßig zustehendes Recht zu verzichten, an Stelle der ausgeschiedenen reichsdeutschen Mitglieder ausländische Verwaltungsratsmitglieder zu bestellen. Die alte Streitfrage zwischen Reich und Preußen wäre damit bis zur nächsten, erst in zwei Jahren stattfindenden Auslosung vertagt.

Die neue Zollpolitik

Periodische Zollkämpfe?

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 25. November. Seit längerer Zeit ist bekannt, daß eine der wichtigsten Bedingungen der Sozialdemokratie für die Unterstützung der Reichsregierung eine grundlegende Aenderung der Zollpolitik und Agrarpolitik ist. Im Zusammenhang damit stand bereits die Nichterledigung der Forderung des Handelspolitischen Ausschusses des Reichstages auf Regelung des Zuckerzolles auf dem Verordnungswege. Wenn jetzt dem Reichskabinett ein Gesetzentwurf zur Neuregelung der Zölle für Pferde, Metzgervieh, Futtergerste, Hafer und Mais über den 31. Dezember hinaus vorgelegt ist, der noch in der nächsten Woche in den Reichstag kommen soll, so kann man das nur als einen Beweis dafür ansehen, daß die Regierungsparteien sich den sozialdemokratischen Forderungen gefügt haben und auf dem besten Wege sind, die Neuorientierung der Zoll- und Agrarpolitik schleunigst in die Wege zu leiten. Denn nach der gesetzlichen Lage wäre eine Neuregelung der genannten Zölle nicht nötig. Bis zum 31. Dezember laufen die zurzeit gültigen, ausdrücklich als Uebergangsmaßnahme bezeichneten Zwischenzölle. Mit dem 1. Januar würden automatisch die autonomen Zölle des Gesetzes vom 17. August 1925 in Kraft treten. Sie würden sich freilich nicht voll auswirken, da im deutsch-schwedischen Handelsvertrag niedrigere Zollsätze vereinbart sind, die im Wege der Meistbegünstigung allen Getreide-Importinteressenten mit Ausnahme von Kanada zugute kommen würden. Wenn jetzt also das Ernährungsministerium eine neue Vorlage herausgebracht hat, so kann es sich nur um politische Gesichtspunkte handeln, und man muß nach Lage der Dinge fürchten, daß die neu vorgesehenen Sätze womöglich sogar noch unter den ausgenthaltlichen Zwischenzöllen bleiben. Zugleich ist durch diesen Vorgang der Beweis erbracht, daß innerhalb des Reichsernährungsministeriums, entsprechend den parteipolitischen Konjunkturmöglichkeiten, ein vollkommener Umschwung eingetreten ist, der von einer Reihe leitender Beamter bereits seit längerer Zeit, ohne Rücksicht auf sachliche Argumente vorbereitet war.

Zu diesem Gesetzentwurf über die Zölle, den das Reichsernährungsministerium ausgearbeitet hat, muß noch die Tatsache nachgetragen werden, daß der Entwurf eine jeweils vierteljährliche Dauer der neuen Zollsätze vorsieht, so daß damit praktisch jedes Vierteljahr die Notwendigkeit einer großen Auseinandersetzung über die Zollfragen geschaffen würde. Die Folgen einer solchen zollpolitischen Unsicherheit und deren Auswirkung auf unsere Handelsbeziehungen mit anderen Ländern und der inneren Wirtschaft brauchen wohl nicht erst ausgemalt zu werden.

Der Direktor des sächsischen Landbundes gestorben

Dresden, 25. Nov. In der vergangenen Nacht ist der Direktor des sächsischen Landbundes, Major a. D. Heller, einem Herzschlag erlegen. Er befand sich auf der Heimfahrt von einer Tagung in Berlin und war in Dresden in den Zug nach Meißen gestiegen.

Abschluß der auswärtigen Debatte im Reichstage

Berlin, 25. November. Präsident **Loebe** eröffnet die Sitzung um zwei Uhr. Die außenpolitische Aussprache wird fortgesetzt. Verbunden damit sind Vertrauensvoten der Kommunisten und der Völkischen gegen Dr. Stresemann.

Als erster Redner des dritten Tages der auswärtigen Debatte nimmt Abg. **Rosenberg** (Komm.) das Wort. Er steht in den gemeinsamen Anträgen der bürgerlichen Parteien zur Kriegsschuldfrage die vollkommenste Form des Bürgerblocks. Der internationale Gerichtshof habe ja gar mit den Fragen der Kriegsschuld nicht zu beschäftigen, sondern nur mit Verletzungen des Völkerrechts. Die Rede des sozialdemokratischen Sprechers Müller-Franken sei nicht geeignet, das ein kleines Parteiegezänk mit den Deutschnationalen, keine grundsätzliche Auseinandersetzung. (Abg. Müller-Franken (S. P. D.) ruft: „Ach bin doch kein Wiederkäuer, wie Sie!" Abg. Hellein (Komm.) entgegnet: „Aber ein Dickhäuter bist Du!") Die Phantasien Dr. Wirths könnten die Kommunisten nicht mitmachen.

Abg. **von Gräfe** (Völk.) erklärt, seine Freunde hätten keine Ursache, sich schützend vor General Walter zu stellen. Verwahrung müsse aber eingelegt werden gegen den ministeriellen Ton, in dem Herr Geßler den General hier angelassen habe. Als einigen Ministern seinerzeit ein gewisser Korpeckeit mit Grundeis ging, da war General Walter gut genug. Diese großkörnigen Redensarten des Ueberministers seien kein Ehrenmenent für ihn. Sein Auftreten lasse es Ritterlichkeit vermissen. Der Redner wirft den Deutschnationalen Doppelspiel vor und verlangt **Kündigung der Locarnoverträge und Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund.** Die unklare Haltung der Deutschnationalen bedeute eine Vergiftung der öffentlichen Meinung. Wir lehnen das allmähliche Hinüberwechseln von einer Meinung zur anderen ab. Da ist uns schon die sprunghafte Meinungsänderung des Herrn Reichsinnenministers lieber.

Reichsinnenminister Dr. **Külz** weist eine Behauptung des Abgeordneten Dr. Gräfe als falsch zurück, wonach in das Gesetz über Staatsverträge mit aufgenommen worden seien.

Abg. **Schiele** (Deutschn.) gibt folgende Erklärung ab: Der Abg. Wirth hat gestern behauptet, die deutschnationalen Minister hätten Locarno gebilligt. Diese Behauptung entspricht nicht den Tatsachen. Das Gegenteil ist bereits so oft bis in alle Einzelheiten nachgewiesen, daß ich im gegenwärtigen Augenblick auf eine Wiederholung verzichte. Dagegen richte ich an die Reichsregierung die wiederholt ausgesprochene Aufforderung zur Feststellung des Sachverhalts, endlich die Protokolle über die entsprechenden Kabinettssitzungen zu veröffentlichen, oder mich von meiner Schweigepflicht, an die ich mich bisher trotz aller Angriffe gebunden gehalten habe, zu entbinden. (Beifall rechts.)

Abg. Graf **Westarp** (Deutschn.) bedauert, daß seine Fraktion nicht mehr Gelegenheit habe, die ungeheuerlichen und unritterlichen Angriffe des Reichswehrministers gegen General v. Walter zurückzuweisen, und dessen Verdienste um die Befriedung des Ruhrgebietes hervorzuheben. Bei der Abstimmung über die vorliegenden Mißtrauensanträge werde sich die deutschnationale Fraktion der Stimme enthalten. Unsere sachliche, ablehnende Haltung, so erklärt der Redner, zu der vom Außenminister vertretenen Politik ist bereits klar zum Ausdruck gebracht worden. Die Mißtrauensanträge haben infolge der sozialdemokratischen Unterstützung der Regierungspolitik keine Aussicht auf Erfolg und sind lediglich eine taktische Maßnahme. Solche taktischen Maßnahmen lassen wir uns aber von anderen Parteien nicht vorschreiben.

Der völkische Antrag auf Kündigung der Locarno-Verträge wird abgelehnt. Angenommen wird der Antrag sämtlicher bürgerlicher Parteien zur Kriegsschuldfrage. Dagegen stimmt mit den Sozialdemokraten und den Kommunisten auch der Abg. Dr. Wirth (Zentr.). Die Mißtrauensanträge der Kommunisten und Völkischen gegen Dr. Stresemann wurden in einfacher Abstimmung gegen Kommunisten und Völkische abgelehnt. Die Deutschnationalen enthielten sich der Abstimmung. Damit hat die Aussprache ihr Ende gefunden.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzes zur Aenderung des Reichspressegesetzes, wonach Abgeordnete und Personen in ähnlicher Stellung nicht verantwortliche Redakteure sein dürfen.

Abg. **Landsberg** (S. P. D.) bedauert, daß die Regierung nicht die Gelegenheit benutzt habe, um den Zeugniszwang zu beseitigen. Die Vorlage wird darauf dem Ausschuß überwiesen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzliteratur. Abg. **Schreck** (S. P. D.) beantragt Zurückverweisung der Vorlage an den Ausschuß.

Reichsminister **Dr. Külz** hebt unter großer Heiterkeit hervor, daß man über das Gesetz verschiedener Meinung sein könne. Die Vorlage habe den Ausschuß fast ein Jahr lang beschäftigt. Es wäre ein Armutszeugnis, wenn jetzt keine Klärung vom Plenum gefaßt werden könne. Der Zurückverweisungsantrag wird abgelehnt.

Frau Abg. **Dr. May** (D. V. P.) weist als Berichterstatterin auf die lange Geschichte hin, die der Gesetzentwurf bereits hinter sich habe. Die Mehrheit des Ausschusses sei sich bewußt, kein Idealgesetz vorzulegen, weil die außerordentliche Schwierigkeit bestand, geistige Formaudrücke in eindeutige Gesetzesformeln zu fassen. Die Mehrheit habe sich leiten lassen von dem Gedanken, daß alle Maßnahmen zur Förderung der Jugend erfolglos bleiben müssen, wenn nicht durch das Gesetz das erfaßt werde, was wirklich als Schund und Schmutzliteratur bezeichnet werde, in Wahrheit aber gar keine Literatur sei sondern ein Verbrechensmaterial, etwas jeden künstlerischen und geistigen Wert. Man wolle nicht ein Polizeigesetz, sondern ein Kulturgesetz schaffen.

Darauf wurden die Beratungen abgebrochen. Das Haus vertagt sich auf Freitag 1 Uhr. Weiterberatung. Schluß 4¼ Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192611262-16/fragment/page=0001

Zusammentritt des sächsischen Landtages

Abg. Schwarz zum Landtagspräsidenten gewählt

Dresden, 25. Nov. Der neugewählte sächsische Landtag trat heute nachmittag erstmalig zusammen. Obgleich die Tagesordnung sehr wenig versprach, waren die Tribünen dicht besetzt. Die Minister waren vollständig erschienen. Der erste Vizepräsident des verflossenen Landtages, Dr. Eckardt (Dntl.), eröffnete den Landtag des Freistaates Sachsen und stellte die Beschlußfähigkeit durch Namensaufruf fest. Es waren 95 Abgeordnete anwesend. Der kommunistische Abgeordnete Ebert fehlte, da er vor Zusammentritt des Landtages in Berlin verhaftet worden ist. Es wurde dann der linkssozialistische Abgeordnete Schwarz, der früher sächsischer Wirtschaftsminister war, mit 89 von 95 Stimmen zum Landtagspräsidenten gewählt. Erster Vizepräsident wurde der deutschnationale Abgeordnete Dr. Eckardt und zweiter Vizepräsident der D. V. P.-Abgeordnete Dr. Hickmann. Die nächste Sitzung ist auf Dienstag, den 30. November, festgesetzt. In dieser Sitzung soll u. a. die Wahl des neuen Ministerpräsidenten vorgenommen werden, da in der heutigen Sitzung Ministerpräsident Held die Regierungsgeschäfte in die Hände des Landtages zurücklegte. Die Minister werden aber die Geschäfte bis zur Wahl der neuen Regierung weiterführen.

Der Feer—Schacht-Prozeß

Das erstinstanzliche Urteil bestätigt

Insterburg, 25. Nov. Vor der Großen Strafkammer zu Insterburg begann heute vormittag die Berufungsverhandlung in dem Beleidigungsprozeß des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht gegen den Provinzial-Landtagsabgeordneten und Tilsiter Stadtverordneten Hans Feer. Dem Angeklagten wird zur Last gelegt, bei einer Versammlung in Stallupönen am 19. Februar 1926 den Reichsbankpräsidenten damit beleidigt zu haben, daß er u. a. Dr. Schacht als den „unzuverlässigsten Kaufmann Deutschlands" bezeichnet und ihm Landesverrat vorgeworfen habe. Das erstinstanzliche Urteil des Schöffengerichts Stallupönen lautete auf Geldstrafe von 1000 Mark, an deren Stelle im Unvermögensfalle 100 Tage Gefängnis treten. Gegen das Urteil ist sowohl von dem Angeklagten als auch vom Staatsanwalt Berufung eingelegt worden. Das Urteil wurde heute nachmittag verkündet. Danach wird die Berufung der Staatsanwaltschaft und des Angeklagten gegen das Urteil des Schöffengerichts Stallupönen verworfen; es bleibt also bei einer Geldstrafe von 1000 Mark bzw. einer Gefängnisstrafe von 100 Tagen. Das Gericht sieht formale Beleidigung als erwiesen an. Der Schutz des Paragraphen 193 wird dem Angeklagten nicht zugebilligt, doch hat das Gericht zu seinen Gunsten berücksichtigt, daß er wegen eines ähnlichen Vergehens bisher nicht bestraft ist. Der Staatsanwalt hatte eine Gefängnisstrafe von drei Monaten beantragt mit der Begründung, daß die Spitzen von Behörden, Verwaltungen usw. gegen derartige Beleidigungen geschützt werden müßten.

Ehrhardt gegen Erzesinski

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 25. Nov. In der Anfang dieses Monats vom preußischen Innenminister Grzesinski dem Landtag übersandten Denkschrift „Wiking und Olympia" hatte der Innenminister geschrieben, gegen Kapitän Ehrhardt habe ein Meineidsverfahren geschwebt, welches auf Grund der Amnestie niedergeschlagen worden wäre, und dem Kapitän Ehrhardt sei die Anstiftung zum Meineid im Falle der Prinzessin Hohenlohe nachgewiesen. Auf Grund dieser Tatsache hat Kapitän Ehrhardt nunmehr den Antrag auf Erhebung der öffentlichen Anklage gegen den preußischen Innenminister eingebracht. Ehrhardt erhebt Anspruch auf die öffentliche Anklage, weil er selbst im öffentlichen Leben steht, und weil der Innenminister die Denkschrift allen Landtagsabgeordneten, damit also der Oeffentlichkeit übergeben hat.

Kein Claßbrief an Hindenburg

Berlin, 25. November. Staatssekretär Meißner hat an den Vorsitzenden des Rechtsausschusses des preußischen Landtages einen Brief gerichtet, in dem er auf die Meldungen zu sprechen kommt, wonach in den Ausschußverhandlungen bei Besprechung des Haushaltsjahres bei Justizrat Claß erklärt worden sei, daß Justizrat Claß versucht habe, auch den Reichspräsidenten in seine Pläne einzubeziehen und an den Sohn des Reichspräsidenten, Major von Hindenburg, einen Brief gerichtet habe. Der Brief des Staatssekretärs stellt fest, daß diese Behauptung nicht zutreffe. Justizrat Claß habe niemals einen Brief an Major von Hindenburg geschrieben. Auch sonst hätten die beiden Herren, Major von Hindenburg und Justizrat Claß, keine Beziehungen zueinander. Der Irrtum sei offenbar dadurch entstanden, daß bei Justizrat Claß der Durchschlag eines Briefes eines alten Generals an Major von Hindenburg gefunden sei. Dieser Brief sei aber niemals beantwortet worden.

„Der schwarze Sonntag" in München verboten

München, 25. Nov. Der russische Film „Der schwarze Sonntag", der augenblicklich in München zum ersten Male gezeigt wurde, ist vor der Aufführung wegen Gefährdung der staatlichen Sicherheit verboten worden.

Das Befinden des Kaisers

Doorn, 25. Nov. Die Besserung im Befinden des Kaisers hat solche Fortschritte gemacht, daß der Kaiser jetzt bei schönem Wetter wieder Spaziergänge im Park unternehmen darf.

Die „Times" über den Stand der Kontrollverhandlungen

London, 25. Nov. Der Pariser Korrespondent der „Times" beschäftigt sich heute auf Grund besonderer Informationen sehr ausführlich mit dem Abrüstungsproblem. Die Franzosen seien naturgemäß bemüht, der Ueberwachung durch den Völkerbund eine konkrete Realität zu geben. Die Franzosen gingen dabei jedoch von dem Grundsatz aus, daß die Zustimmung Deutschlands für jedes Arrangement notwendig sei, besonders seit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbundsrat. Man beginne auch einzusehen, daß keine in den vom September 1924 bis März 1925 aufgestellten Kontrollplänen enthaltenen Bestimmung zufriedenstellend sei. Ein Teil des vom Völkerbundsrat entworfenen Planes würde vielleicht beibehalten werden. Aber die Schaffung eines ständigen Komitees, das in derselben Art und Weise arbeite, wie die Interalliierte Kontrollkommission, sei nicht mehr das unabänderliche Ziel der französischen Politik. Im Prinzip sei infolgedessen eine der Hauptforderungen Deutschlands durchgedrungen, Frankreich wünsche aber die Schaffung einer Art definitiven Organs für die Völkerbundskontrolle, und es seien noch Meinungsverschiedenheiten über die Zusammensetzung eines Organs und seiner Arbeitsmethoden vorhanden. Der Berichterstatter sagt hinzu, daß die britische Regierung immer die Ansicht vertreten habe, daß die entmilitarisierte Zone, soweit es sich um eine tatsächliche Kontrolle handele, in gleicher Weise behandelt werden müsse, wie das übrige Deutschland, vielleicht mit der Maßgabe, daß die zu untersuchenden Gegenstände mehr detailliert aufgeführt werden sollten.

Aus aller Welt

Der Totschlag des Polizeibeamten Buchholz vor Gericht

Berlin, 25. Nov. Vor dem hiesigen Schwurgericht begann der Prozeß gegen den mehrfach vorbestraften Schlosser Sliwinski und den ebenfalls vorbestraften Steinschläger Wegener wegen schweren Diebstahls in fünf Fällen und gemeinschaftlichen qualifizierten Todschlages nach Paragraph 214. Wegen gewerbsmäßiger Hehlerei ist der Altmeister der Gruppe, der vorbestrafte Händler Kanebl, mit angeklagt. Im Frühjahr vorigen Jahres machte eine bewaffnete Einbrecherbande die östlichen Vororte Berlins unsicher, ohne daß es gelang, ihrer habhaft zu werden. Auch in Pankwitz-Hoppegarten waren in der Nacht vom 23. zum 24. April mehrere Einbrüche verübt worden. In der folgenden Nacht überraschte der Polizeibeamte Ernst Buchholz die Bande in Hoppegarten bei einem Einbruch. Es kam zu einem Feuergefecht, und der Beamte erhielt einen Schuß in den Unterleib, der seinen Tod zur Folge hatte. Auf dem Sterbebett hatte der Verletzte angegeben, daß es sich um eine Bande von drei bis vier Personen gehandelt habe, und daß auch einer der Einbrecher von ihm getroffen worden sei.

Nach längerer Zeit gelang es der Kriminalpolizei, den Schlosser Sliwinski, der an einer schweren Schußverletzung im Virchow-Krankenhaus darniederlag, sowie den Steinschläger Wegener als Teilnehmer an dem Feuergefecht zu ermitteln. Sliwinski und Wegener hatten zugegeben, daß sie auf den Beamten geschossen haben, behaupten jedoch, daß der erste Schuß von diesem gegeben worden sei. Dieser ihre beiden Mittäter hätten sie sich in Schweigen. Eine wesentliche Rolle in dem Schuldbeweis spielt eine Aeußerung Wegeners, die er zu einem Untersuchungsgefangenen Schumann getan haben soll: „Ich habe den Kerl abgeschossen." Gegen die Glaubwürdigkeit des Schumann wird in der Verhandlung von der Verteidigung ein umfangreicher Beweis angetreten werden. Es sind nicht weniger als acht Gefangene als Zeugen geladen worden, die sich durchweg in der Mindermwertigenabteilung des Gefängnisarztes Dr. Bürger in Moabit befinden.

In der heutigen Verhandlung beschuldigten sich die beiden Hauptangeklagten gegenseitig, den tödlichen Schuß auf den Polizisten abgegeben zu haben.

Nach längerer Beratung verkündete der Vorsitzende im Prozeß wegen des Todschlags des Polizeibeamten Buchholz das Urteil. Sliwinski und Wegener wurden beide wegen qualifizierten Totschlages auf Grund des Paragraphen 214 zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt. Wegen dreier schwerer Rückfalldiebstähle erhielten sie je sechs Jahre Zuchthaus, und wegen unbefugten Waffenbesitzes drei Monate Gefängnis. Diese Strafen wurden zu einer Zuchthausstrafe von je 14 Jahren zusammengezogen. Den Verurteilten wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von zehn Jahren abgesprochen.

Stillegung des Schiffsverkehrs durch Nebel.

Hamburg, 25. Nov. Der in der letzten Nacht über dem Küstengebiet und der Unterelbe aufgetretene starke Nebel hat den Schiffsverkehr vollkommen stillgelegt. Die in See gegangenen Schiffe waren gezwungen, vor Neumühlen Anker zu werfen. Auch über der Ostsee wird starker Nebel gemeldet. So liegt über Travemünde und Lübeck seit heute vormittag 8 Uhr dichter Nebel. Auch der Verkehr auf dem Elbe—Trave-Kanal ist unterbrochen.

Durch Haarnadeln getötet

Hamburg, 25. Nov. Auf eigenartige Weise kam in ihrer Wohnung die 76jährige Greisin Anna Scheuen zu Tode. Bei einem Fall drangen die im Haare befindlichen Haarnadeln in die Schädeldecke. Die Verunglückte starb an den erlittenen Verletzungen.

Das Hochwasser des Rheins

Koblenz, 25. November. Durch das Hochwasser sind erhebliche Verkehrsstörungen hervorgerufen worden. Die vielen Nebenbäche der Nahe haben erhebliche Massenmengen zu Tale geführt. Auch der Sulzbach war derart angeschwollen, daß die Wasserdurchlässe die Wassermengen nicht zu fassen vermochten, so daß die Fluten über den Bahndamm hinwegliefen. Die Züge erlitten infolgedessen erhebliche Verspätung.

Der Catalina-Kanal durchschwommen

Dem deutschen Kanalbezwinger Ernst Vierkötter, der demnächst nach Amerika reisen und als erster Mensch den etwa 88 Kilometer breiten Catalina-Kanal zwischen Los Anglos und St. Catalina durchschwimmen wollte, ist, wie die Morgenblätter melden, der New-Yorker Schwimmer Walter G. Taber zuvorgekommen, der den Meeresarm in 13 Stunden, 27 Minuten durchschwamm.

Schlächter gegen einen Tierschutzverein

Wien, 25. Nov. Der Tierschutzverein Wien veranstaltete gestern abend eine Versammlung, um gegen die Tierquälereien im Schlachthaus von St. Marx Stellung zu nehmen. Zu der Versammlung waren auch etwa 100 Schlächtergesellen von St. Marx erschienen, die mit Ochsenziemern in das Versammlungslokal eindrangen und die Versammlung derart störten, daß sie schließlich aufgelöst werden mußte.

Die Sturmverwüstungen in Frankreich

Paris, 25. Nov. Zu den Sturmverwüstungen an der Küste von Ault und an dem Küstenstrich des Somme-Gebietes wird noch bekannt, daß der Einsturz des Kasinos durch einen Tammbruch verursacht wurde, so daß das Meer in einer Breite von 150 Metern eindringen konnte. Von dem Kasino steht kein Stein mehr auf dem andern. Zwischen Ault und Quival sind in der Nähe der Küste gelegene Häuser bedroht. Der Schaden beläuft sich auf mehrere Millionen Franken.

Das Großfeuer in der Sallinger Holzwarenfabrik

Uslar, 25. Nov. Zu dem im Hauptgebäude der Sallinger Holzwarenfabrik heute nacht zum Ausbruch gekommenen Feuer wird berichtet, daß das Feuer großen Schaden anrichtete. Die ausgedehnten Lagerräume, die mit Möbelstücken auf das nahende Weihnachtsfest mit Waren aller Art gefüllt waren, sind vollständig ausgebrannt und, da auch die Maschinen dem verheerenden Element zum Opfer fielen, ist die etwa 300 Mann betragende Belegschaft des Werkes fürs erste teilweise brotlos geworden. Infolge des Wassermangels bestand für die ganze Fabrikanlage große Gefahr, doch waren die hiesige Feuerwehr und die Wehren der Umgegend rasch zur Stelle. Dank der mit größtem Nachdruck betriebenen Löscharbeit konnte das verheerende Element verhältnismäßig schnell auf seinen Herd beschränkt werden. Die Ursache des Brandes ist noch nicht aufgeklärt. Entstanden ist das Feuer im Saugventilator, durch den die Sägespäne ihren Weg nehmen. Da die Fabrik unmittelbar am Bahnkörper liegt, so war auch der Zugverkehr gefährdet, doch gelang es, diesen aufrecht zu erhalten.

Das rote Gemach

25) **Roman von E. Kleßling-Valentin.**

„Munzer kann mit Ihnen nicht darüber gesprochen haben," fuhr Beneke grübelnd fort. „Abgesehen davon, daß er mir nahe steht, bindet ihn auch das Amtsgeheimnis. So muß es ein anderer Mensch gewesen, der mich bei Ihnen diskreditieren wollte."

Aber ich möchte, daß Sie nicht nach dem Schein urteilen — —"

Er sprach mit einer großen Sanftmut und die Frau am Fenster dachte, wie seltsam weich diese Männerstimme klingen konnte, die sonst etwas so Sprödes und Hartes hatte.

Sie senkte den Kopf.

Beneke wartete vergeblich auf Antwort.

„Ich werde jetzt gehen"

Auch hierauf erwiderte sie nichts. Sie hatte ja gewollt, daß er gehen sollte.

„Wollen Sie das kleine Paket an Frau Paleske abgeben?"

„Ja. Gerne."

„Ich danke Ihnen."

Langsam kam Beneke näher.

„Ich werde wiederkommen, gnädige Frau. Frau Paleske möchte ich persönlich kennen lernen. Und dann — vielleicht kann ich Ihnen doch irgendwie noch einmal nützlich sein."

Er sah sie an und dachte:

Weit mehr, als du dir denken kannst. —

VIII.

Das Unglück lastete schwer auf Konstantia Reymann. Ewert wurde krank.

Konstantia hatte drei Aerzte herbeigerufen. Sie hätte alle Kapazitäten anflehen mögen: Rettet mir meinen Sohn! Laßt nicht etwas zu, das unausdenkbar ist!

Als die drei Aerzte mit verschlossenem Gesicht aus dem Krankenzimmer heraus kamen, wußte Konstantia, daß es schlimm um Ewert stand.

Um Gottes Barmherzigkeit willen!

Was tat ich, daß dies mich treffen soll?

Nicht schlechter und nicht besser als andere war ich, grausamer, unbekannter Gott! Vielleicht sogar in vielem weniger schlecht?! Warum willst du mir das Einzige nehmen, das mein Leben noch zweckvoll macht? Mir, die mit diesem Kinde so verwachsen ist?

Was soll ich dir geloben, damit du mir den Sohn läßest, diesen hoffnungsvollen, mit so vielen Reichtümern des Leibes und Geistes ausgestatteten Jüngling? Soll ich auf alle Freuden des Lebens verzichten, auch auf das, was mir das Leben noch bringen könnte, und was ich noch nie genossen habe? Was soll ich tun, damit du mir ihn läßest?

Ihre Seele wand sich in unermeßlichen Qualen.

Sie bat die Aerzte um die Wahrheit, die sie ahnte. Die drei Männer sahen ratlos auf die von Angst gefolterte Mutter.

Die Sekunden tropfen in die Stille des Raumes, in dem ihr zitternder Atem ging.

„Es ist nicht möglich," sagte sie starr, als der Aelteste gesprochen hatte. „Nein, es ist nicht möglich. Sie wissen vielleicht nicht, wie mein Sohn und ich zusammen stehen. Sie können das gar nicht wissen, denn es ist etwas Besonderes. So etwas darf nicht zerstört werden! Helfen Sie mir, ich bitte Sie — — helfen Sie mir! Um Gottes willen retten Sie mir mein Kind!"

Und dann fiel sie zu Boden.

Mit ausgebreiteten Armen, wie gefreuzigt, war sie niedergesunken, jeder Atemzug, der sich aus ihrer Brust rang, war ein röchelndes Stöhnen.

„Helfen Sie ihm zum Leben — —"

— —

Das Furchtbarste war, daß, sobald Ewert zum Bewußtsein kam, er sich um die Zukunft seiner Mutter den Kopf zermarterte, und daß diese sorgenvollen Gedanken das Fieber steigerten.

„Was soll das werden, wenn ich sterben muß, Mutter? Du bist dem Vater gegenüber ohne Schutz. Du hast niemanden, der dich so lieb hat wie ich!

Ich möchte auch noch so gerne leben — — ich bin doch noch so jung — — —" setzte er ganz leise hinzu.

„Du wirst leben, Ewert —"

„Aber es steht sehr schlecht mit mir. Ich sehe es den Aerzten an und lese es in deinen angstvollen Augen.

Ach, Mutter, ich hatte mich so auf das Leben mit dir gefreut. Denk mal, mit dir so ganz allein, ohne diese schrecklichen Aufregungen, die mir schon meine Kindheit so gestört haben."

Seit diesem Gespräch bemühte sich Konstantia Reymann, am Bett des Kranken die äußerste Selbstbeherrschung zu zeigen. Auch wenn Ewert offenbar im Fieber lag, ließ sie ein heiteres Lächeln um ihre Lippen spielen und schluckte Qual und Schmerz in die tiefste Herzenskammer zurück. Erst wenn sie ganz allein war und sich eingeschlossen hatte — für die kurze Zeit der Ruhe, die sie sich nur aufwang, um ihre Kräfte zusammenzuhalten — ließ sie ihren Schmerzen freien Lauf.

Christine Paleske, die darauf bestanden hatte, daß der kranke Ewert bei ihr untergebracht wurde, hörte dann oft mit verschlungenen Händen und laut klopfendem Herzen diesem trostlosen Weinen im Nebenzimmer zu.

Und sie, die wie alle alten Leute das Weinen verlernt hatte, die nicht mehr weinen konnte, fühlte, daß längst versiegte Quellen sich wieder zu regen begannen, und trocknete sich mit zitternden Händen die tränenfeuchten, runzligen Wangen.

In einer solchen Stunde meldete das Mädchen eines Tages Doktor Beneke.

Frau Paleske, ganz hingenommen von dem Lauschen auf Konstantias Weinen und dem eigenen Schmerz hingegeben, winkte gedankenlos bejahend, ohne hinzuhören, was das Mädchen sagte.

So war Beneke Zeuge ihres Kummers geworden.

Die alte Dame, — — — erschrocken den Finger auf den Mund legend, — — war sofort aufgestanden.

Schweigend hatte sie sich ins Nebenzimmer führen lassen und schweigend, ihrem Gaste eine Weile gegenübergesessen.

Dann sah sie auf.

Ihr Blick wurde wieder scharf und forschend, wie er selten alten Augen eigen ist.

„Sie tragen einen Namen, der mir teuer ist, Bert Beneke. Vielleicht ist es eine Fügung, die Sie hierherführt — —"

„Kann ich Ihnen mit etwas dienen?"

„Ich wüßte nicht wie. Es wäre gut, wenn Sie es könnten."

„Wie mir das Mädchen sagte, geht es dem jungen Reymann nicht gut?"

Frau Paleske nickte wortlos.

Beneke schien zu überlegen.

„Ich möchte Ihnen etwas vorschlagen, gnädigste Frau, — — lassen Sie mich zu ihm — —"

Christine Paleske machte eine erschrockene Bewegung.

„Ich garantiere Ihnen, daß ich ihm nicht schaden werde. Ich bin gekommen, ihm zu helfen. Sie können mich ihm als Arzt vorstellen, wenn sie dies beruhigt. —"

„Er ist ja meist besinnungslos — —"

„Um so ungefährlicher und — — günstiger für mein Vorhaben. Ich glaube nämlich, daß man ihm auf seelischem Gebiet helfen muß. Brigitte Matthy hat mir einiges erzählt, und ich glaube, daß es hauptsächlich die Lage seiner Mutter ist, die — — zusammen mit den Anstrengungen des Abiturs — den Nervenzusammenbruch und das Fieber verursacht hat. Wenn ihn jemand darüber beruhigen könnte, so wäre viel, vielleicht alles gewonnen. Die Aerzte sehen ja nur die körperlichen Komplikationen, da sie von den inneren nichts ahnen."

„Aber wie könnten Sie dem armen Jungen Beruhigung geben?"

„Ich glaube einen Weg zu wissen. Wollen Sie mir in Erinnerung an Onkel Paul Ihr Vertrauen schenken?"

Wer es nun das Wachrufen dieser Erinnerung, war es eine entfernte Aehnlichkeit im Ausdruck des Gesichts oder im Ton der Stimme, die das Herz der alten Dame gleich einer angeschlagenen Glocke erzönen ließ, — war es der verzweifelte Gedanke, daß nach dem Ausspruch der Aerzte wirklich nicht mehr viel Hoffnung für Ewert Reymanns Leben bestand. — — —

Frau Paleske winkte dem Doktor.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192611262-16/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 26. November.

Tagung des Verbandes Deutscher Müller, Zweigverband Sachsen-Anhalt

Gestern mittag hielt der Zweigverband Sachsen-Anhalt vom Verbande Deutscher Müller im „Stadtschützenhause" eine außerordentliche Hauptversammlung ab, die von etwa 60 Delegierten aus allen Gegenden der Provinz Sachsen und Anhalt besucht war.

Der Vorsitzende des Zweigverbandes, Herr Dr. Drenckmann, Magdeburg, eröffnete die Versammlung und begrüßte die Erschienenen. Den Bericht über die Hauptversammlung des Verbandes Deutscher Müller in Wiesbaden erstattete Herr Carl Feldheim, Burg bei Magdeburg.

Der Vorsitzende gab alsdann einen Bericht über die Tätigkeit des Zweigverbandes seit der letzten Zweigverbands-Versammlung, insbesondere die Nahrachten bahnamtlicher Gewichtsfeststellung, Durchschnittsnaturalgewichte für Weizen und Roggen der Ernte 1920, die 185 Gramm betragen, erörterte. Weiter ging er auf die Getreide- und Mehlzölle sowie auf die Preisstatistik näher ein. Zu dieser wurde ausgeführt, daß man sich nach den Börsennotierungen nicht richten könne. Der Verband will durch eine Statistik die tatsächlich gezahlten Getreide- und Mehlpreise feststellen. Die Entlohnungs- und Arbeiterfragen wurden kurz gestreift, ebenso die Versicherungsfragen. Die Mitglieder-Beiträge für 1921 sollen wieder nach der Arbeiterzahl gestaffelt werden, doch soll der Betrag, der vom Vorstand festgesetzt werden soll, um 25 Prozent erhöht werden. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Ueber „Die wirtschaftliche Lage unter besonderer Berücksichtigung der Belange der Müllerei" sprach der Vorsitzende des Verbandes Deutscher Müller, Herr Stadtrat Lorenz, Eberswalde. Redner betonte, daß sich die gegenwärtige unruhige Zeit ganz besonders auf die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse auswirke. Von der uns von der Regierung in Aussicht gestellten Gesundung unserer Wirtschaft kann noch nicht gesprochen werden. Redner schilderte dann, wie wir durch die Lasten des Dawes-Gutachtens in unserer Wirtschaftslage außerordentlich bedrückt sind und auch in Zukunft bedrückt werden. Weiter ging er auf das Arbeitslosenproblem und das im Entwurf vorliegende Arbeitslosenschutzgesetz ein; dieses bringt wiederum eine schwere Belastung der Wirtschaft mit sich. Wir sehen auf der einen Seite die großen Lasten, die an das Ausland zu leisten sind, und auf der anderen Seite das große Bedürfnis unserer Regierung, die soziale Fürsorge auszubauen. Es muß das Bestreben der Regierung sein, die Wirtschaft zu stützen und zu unterstützen, vor allen den Verkehr mit dem Ausland zu fördern.

Redner betonte weiter, daß das Müllereigewerbe noch herzlich wenig an Unterstützung seitens der Regierung gemerkt habe, auch somit konnte der Verband nichts Positives durch die Regierung erzielen. In der Zollfrage sei die Behandlung der Müller geradezu haarsträubend gewesen. Von einer Protverleurung durch die Müller könne auch keine Rede sein; im Gegenteil richte sich das Bestreben der Müller dahin, dem Publikum billigeres Brot zu liefern. Nachdem Redner noch die Bildung von Konzern und Trusts auch im Müllergewerbe und in der Landwirtschaft gestreift hatte, schloß er mit dem Wunsche auf eine baldige Besserung der Wirtschaftslage.

In der nächsten Schwurgerichtsperiode

wird unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Kullmann verhandelt:

am 29. November gegen Frl. Lina Petzke aus Diemitz und den Sekretär Erich Taubert aus Halle wegen Meineids und Anstiftung zum Meineid;

am 30. November gegen die Witwe Marta Wagner aus Schkeuditz wegen Kindesmordes;

am 1. Dezember gegen den Arbeiter Roman Romiara (jugendlich), den Arbeiter Paul Jäger und den Schlosser Otto Steinhäuser, alle aus Löbejün, wegen Meineids und Anstiftung zum Meineid.

am 2. Dezember gegen das Hausmädchen Else Henning und den Dreher Walter Lösch, beide aus Großkugel, wegen Meineids und Anstiftung zum Meineid;

am 3. Dezember gegen den Arbeiter Stanislaus Rogasik aus Greppin wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang;

am 4. Dezember gegen den Schuhmachermeister Friedrich Henning aus Eisleben wegen Brandstiftung.

Eingesandt

Wo blieb der Dank?

Auf dem Gertraudenfriedhof steht, an schwere Zeiten erinnernd, ein Denkmal für die 1920 für die Befreiung der Stadt Halle, im Kampf gegen Bolschewisten gefallenen Landesjäger. Niemand, selbst der Magistrat nicht, hatte am Totensonntage an die Schmückung des Denkmals und der Gräber gedacht.

Muß man tatsächlich noch einmal die Stadt daran erinnern, was diese deutschen Helden für Halle getan haben? 80 brave Deutsche kämpften und starben für das Wohl der Stadt, Landesjäger, Schupo und Zeitfreiwillige setzten da ihr Leben ein. Im Straßenkampf fielen sie! Soll das alles vergessen sein? Soll die Nichtschmückung den Dank der Stadt bedeuten? Hat man für die Befreier Halles nichts übrig? Man muß vom Magistrat verlangen, daß er sich der schweren Zeit von 1920 auch erinnert, denn „Nichtsswürdig ist die Nation, die nicht ihr alles setzt an ihre Ehre."

— **Rezitation an der Universität.** Im Rahmen des kulturpolitischen Programms des Hochschulrings Deutscher Art veranstaltet am 3. Dezember abends 8 Uhr in der Universität Dr. Grohmann, der früher am Großen Schauspielhaus in Berlin lange tätig war und als erster deutscher Vortragskünstler nach dem Kriege an der Universität New-York dort deutsche Dichtungen vortrug, einen Rezitationsabend unter dem Titel „... und im Unglück nun erst recht! Ernster und heiterer Trotz".

— **Aus der Kant-Gesellschaft.** Der Altmeister der deutschen Philosophie, Geh.-Rat Prof. Dr. Hans Vaihinger, Halle, der Begründer und langjährige erste Geschäftsführer der Kant-Gesellschaft, hat dies Amt seines hohen Alters und seiner vollständigen Erblindung wegen niedergelegt. Der Verwaltungsrat der Gesellschaft hat beschlossen, den Schöpfer der „Philosophie des Als Ob" der nächsten Generalversammlung der Kant-Gesellschaft zum Ehrenvorsitzenden vorzuschlagen. Zu seinem Nachfolger als Geschäftsführer ist Prof. Dr. Arthur Liebert in Berlin, der bisherige stellvertretende Geschäftsführer gewählt worden.

— **Das Adventskonzert des Flottenbundes deutscher Frauen** zum Besten des Erholungsheimes auf der Burg Wettin findet am Sonntag abends 8 Uhr in der Moritzkirche statt.

— **Im Thalia-Theater** findet Sonntag die Erstaufführung des bekannten und wirkungsreichen Lustspiels „Madame Bonivard" in der Neubearbeitung von Hans Sturm statt. Regie: Elsa Rochel-Müller. Beschäftigt sind die Damen Grether, Lagner, Ziegler, und die Herren Güngel, Haller, Hensel, vom Weber. Karten an der Abendkasse des Thalia-Theaters.

Aus Mitteldeutschland

Tagung des Provinzialausschusses

Merseburg, 25. November. Der Provinzialausschuß trat am 24. November in Merseburg zu einer Sitzung zusammen. Er beschloß die Beteiligung des Provinzialverbandes an der Gründung einer kommunalen Gesellschaft für Gasfernversorgung des Südwestens der Provinz Sachsen aus dem Gaswerk Mühlhausen (Thüringen). — An der Hilfsaktion zugunsten der Hochwassergeschädigten wird sich der Provinzialverband über die bisher bewilligte Summe hinaus weiter in gleichem Umfange wie der Staat beteiligen. Insgesamt kommen für den Provinzialverband Aufwendungen in Höhe von 3,4 Millionen in Frage.

Für Zwecke der Sächsischen Provinzialbank wurde die Ausgabe verzinslicher Schuldverschreibungen bis zu einem Gesamtbetrage von 10 Millionen R.-M. beschlossen. Die Anleihe soll dazu dienen, Kommunalverbänden Darlehen zu gewähren.

In den Kreisen interessierter Provinzangehöriger ist die Besorgnis entstanden, daß bei Vollendung des Mittellandkanals trotz entgegenstehender Verlautbarungen doch noch auf die Harzgewässer zurückgegriffen werden könnte. Der Provinzialausschuß beschloß deshalb, den Landeshauptmann zu ermächtigen, nochmals bei der Reichswasserstraßenverwaltung vorstellig zu werden, daß zur Vermeidung von wesentlichen Schädigungen von Provinzangehörigen eine Inanspruchnahme der Harzgewässer für den Mittellandkanal nicht erfolgt.

Nach den Ausführungen des Landeshauptmanns ist das vor einiger Zeit zur Steuerung der Erwerbslosigkeit beschlossene Arbeitsbeschaffungsprogramm des Provinzialverbandes bisher zu einem Drittel durchgeführt. Es sind für diese Arbeiten bereits über 1½ Millionen R.-M. verausgabt worden.

Beihilfen wurden dem Mitteldeutschen Verkehrsverband, dem Verein für das Deutschtum im Auslande, der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, dem Deutschen Verein gegen den Alkoholismus und zur Instandsetzung der Kreuzkirche in Suhl bewilligt. Außerdem wurden zwei Stipendien zum Besuche der Universität Halle-Wittenberg verliehen.

Die Regierungsbaumeister Bernhardt und Thiele wurden als Provinzial-Bauräte angestellt.

Einberufung des Provinzial-Landtages

Merseburg, 25. Nov. Der Provinzialausschuß beschloß in seiner letzten Sitzung, die Staatsregierung zu ersuchen, den nächsten Provinzial-Landtag auf Dienstag, den 22. März, vormittags 11 Uhr einzuberufen.

Herbsttagung des Sächsischen Provinzialverbandes für Innere Mission

Norbhausen, 25. Nov. Wie bei kirchlichen Festen üblich, begann die Tagung mit einem Festgottesdienst, der durch Gesänge des Marktkirchenchors und Solovorträge umrahmt wurde. Die Festpredigt hielt Konsist.-Rat D. Jeremias. In der Abendversammlung hielt Gen.-Sup. D. Jacobi als Vorsitzender des Verbandes die Eröffnungsansprache, in der er ein lebendiges Bild aus der Geschichte der tausendjährigen Stadt gab und feststellte, daß sich der Nordhäuser gleich bleibt in seinem Interesse für politische und kirchliche Freiheit. Es ist die Aufgabe der Inneren Mission, überall Bann anzulegen, wo leibliche oder seelische Not sich bemerkbar macht. Die Vertreter der Behörden und Körperschaften sprachen herzliche Begrüßungsworte, die sich in den Satz zusammenfassen lassen: „Die Taten mögen Worte, die Worte mögen Taten werden."

Das Thema des ersten öffentlichen Vortrages war: „Bibelnot und ihre Abhilfe". Oberschulrat Dr. Grau führte folgendes aus: Die Bibel ist das einzige über den ganzen Erdball verbreitete Buch. Sie ist im weitgehenden Maße Anregerin von Neuerungen gewesen, sie ist Führerin der Völker und des Einzelnen, die Quelle aller Kraft und alles Trostes, wie aus der Geschichte hervorgeht. Trotzdem ist sie einer Flut von Schmähungen und Mißdeutungen ausgesetzt, die sich zu einem großen Teil aus Unkenntnis ihres Wesens und ihrer Aufgabe erklären. Die Bibel darf nicht dazu mißbraucht werden, wie es die Ernsten Bibelforscher tun, Prophezeiungen aus ihr herauszulesen. Die wissenschaftliche Arbeit an der Bibel hat aus dem Drange nach Wahrheit, in sittlichem Ernst, in frommer Ehrfurcht Hervorragendes geleistet. Für den Laien aber kommt es selbstverständlich weniger darauf an, sich in spitzfindige Fragen zu versenken, als vielmehr in der Bibel die Offenbarung Gottes zu suchen. Da führt keine Wissenschaft. Wir müssen als echte Schüler Luthers die Bibel einfach und klar betrachten. Sie zeigt uns nur eine Arbeit: die Arbeit für andere. Der Vortrag, der sehr zahlreich besucht war, fand reichen Beifall, der sich auch auf die Darbietungen des Kirchenchors von St. Blasii erstreckte.

Das Kind unter dem Kanaldeckel

Gräfenhainichen, 24. Nov. Ein seltsamer Unglücksfall, der leicht heute tragisch ausgehen können, hat sich hier zugetragen. Ein dreijähriges Kind stürzte in ein Kanalloch, dessen Eisendeckel anscheinend nicht festgelegen hatte und unter dem Gewicht des Kinder umgeschlagen war, aber sofort wieder in die erste Lage zurückklappte, so daß das Kind lebendig darunter begraben war. Durch Zufall wurde man aber aufmerksam und befreite das Kind, das bis zum Halse im Schlamm steckte, aus seiner gefährlichen Lage.

Ein verwüsteter Friedhof

Raguhn, 24. Nov. Ein Bild schlimmster Verwüstung bietet der hiesige Friedhof, der durch das letzte schwere und langanhaltende Mulbehochwasser arg mitgenommen worden ist. Die Gräber sind zumeist tief eingefallen, die Grabsteine stehen schief oder sind umgefallen, oder in das weiche Erdreich eingesunken. Die gärtnerischen Anlagen auf den Gräbern sind zum größten Teil verwüstet, die Einfriedigungen zerrissen und verstandet. Man ist eifrig bei der Wiederherstellung, doch werden sich die schweren Schäden des Hochwassers noch lange bemerkbar machen.

Norbhausen, 23. Nov. (Scheunenbrand durch Brandstiftung.) Am Sonntag nachmittag brannte die hinter der Rothenburgstraße gelegene, der Frau von Korczinsky aus Leipzig gehörige Feldscheune nieder. Außer der Scheune wurde eine große Menge Getreide, außerdem landwirtschaftliche Maschinen und dergleichen vernichtet. Dringend verdächtig, den Brand angelegt zu haben, erscheint der obdachlose Arbeiter Oswald Wiesel von hier. Er hat in der Scheune gelegen und lief, als die Scheune brannte, fort. Er konnte jedoch ergriffen und festgenommen werden.

Sollstedt, 25. Nov. (Hühnerekord einer Henne.) Anscheinend durch die Rekordseuche unserer Zeit veranlaßt, hat eine Henne eines hiesigen Landwirtes auch ihrerseits einen Rekord aufgestellt: sie hat in diesem Jahr dreimal hintereinander in sicheren Verstecken selbst gelegte Eier ausgebrütet, jedesmal die Küken bis zum Selbstweiterhelfen großgezogen, und blickt nun stolz auf eine Nachkommenschaft von 36 Stück zurück.

Der Dortmunder Schulstreik

Von allerlei Streiks hat man schon gehört, Schulstreiks sind freilich erst eine Errungenschaft der Neuzeit. Daß aber christlich gesinnte, evangelische Eltern ihre Kinder trotz aller Bedrohungen mit Geld- und Gefängnisstrafe und anderen Zwangsmitteln vom Schulunterricht fernhalten, wie es jetzt in Dortmund geschieht, ist etwas ganz Neues. In Dortmund ist es durch die Politik des Unterrichtsministeriums erreicht. Die Behörden gehen mit den stärksten Zwangsmaßnahmen vor. Jeder, der zum Schulstreik aufordert, wird als strafbar erklärt. Das Verteilen von Flugblättern ist verboten. Die Schüler werden in manchen Gemeinden zwangsweise vorgeführt. Für jeden versäumten Tag sollen 25 M. Strafe verhängt werden. Den Lehrern, von denen das Gerücht geht, daß sie den Streik innerlich billigen, wird ein Disziplinarverfahren angedroht. Trotz dieser unerhört scharfen Strafmaßnahmen ist die Schulstreikbewegung im Wachsen, in kleinen Gemeinden streiken 100 Prozent der Elternschaft, in den größeren die Hälfte bis Dreiviertel. Eine solche elementare Bewegung verdient eine nähere Beleuchtung.

Der Dortmunder Schulstreik hat schon ein Vorspiel gehabt. Der Schulrat Nischalke, um den sich der Streik dreht, sollte seinerzeit in Hamborn angestellt werden. Gegen seine Berufung wurde von Angehörigen beider Bekenntnisse schärfster Widerspruch eingelegt. Der Unterrichtsminister zog auf die Beschwerden einer Deputation die Berufung zurück. Was in Hamborn nicht geglückt war, wurde nun in Dortmund versucht, obwohl dort die Verhältnisse noch anders liegen. Vergebens legten die Elternbeiräte Widerspruch ein. Der Deutschnationale Kreisverein erhob nachdrücklichst Protest. Der Kreisverein der Deutschen Volkspartei protestierte in einer dem Unterrichtsminister zugesandten Entschließung aufs schärfste gegen die Absicht, die freigewordene Stelle mit Nischalke, einem ehemals katholischen Dissidenten aus Ostpreußen, zu besetzen. Die Aufzwingung eines Dissidenten als Schulrat sei eine unerhörte Brüskierung der evangelischen Lehrer und Eltern. Man verlange für die evangelischen Schulen einen evangelischen Schulrat. Auch die demokratischen Kreise erhoben Widerspruch. Der Evangelische Elternbund Westfalens wies darauf hin, daß die Absicht des Ministers, evangelische Schulen einem dissidentischen Schulrat zu unterstellen, nicht vereinbar sei mit § 33 des Volksschullunterhaltungsgesetzes. Die grundsätzliche Verletzung der in der Verfassung zugesicherten Gewissens- und Elternrechte durch den Minister führe zu einer Störung des Schulfriedens und der Schularbeit, für die der Minister die Verantwortung übernehmen müsse. Der nur Objektivität verpflichtete Minister wurde gebeten, der öffentlichen Parteinahme behördlicher Stellen mit Nachdruck entgegenzutreten. Vergebens. Die Folge war der Schulstreik.

Der „Evangelische Arbeiterbote", das Organ der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands, hebt hervor, daß die Berufung des dissidentischen Schulrates dem gesunden Menschenverstand widerspreche. Von 300 Lehrern des Bezirks sind 274 evangelisch, 26 dissidentisch. Von 8000 Schulkindern besuchen nur 1700 die weltlichen, sogenannten Sammelschulen. Die Berufung des dissidentischen Schulrates widerspricht aber auch den eigenen Worten des Ministers in Dortmund selbst. Er hatte auf dem pädagogischen Kongreß mit Entschiedenheit die Ansicht vertreten, daß eine ersprießliche Entwicklung der deutschen Schule nur auf dem Wege der Freiheit, Toleranz und Gleichberechtigung möglich sei. Nun mutet er dem evangelischen Volksteil derartige Eingriffe in seine verfassungsmäßig gewährleisteten Interessen zu! Der katholische Volksteil bildet eine geschlossene politische Macht. So erhalten die Katholiken in Dortmund für ihre Schulen einen katholischen Schulrat, während den Evangelischen ein aus der katholischen Kirche ausgetretener Dissident aufgenötigt wird. Die Folgen davon haben sich gezeigt.

Das Vorgehen der Behörden zeigt aber auch eine verwunderliche Mißachtung der Belange der evangelischen Lehrerschaft. Sie hat sich in Preußen fast restlos bereit erklärt, evangelischen Religionsunterricht zu erteilen. Unter diesen Zehntausenden sollten doch genug Anwärter für die Stellung eines Schulrates der evangelischen Schulen Dortmunds zu finden sein, so daß nicht auf dissidentische, ehemalige Katholiken aus Ostpreußen zurückgegriffen werden müßte. Auf die Lage wirft freilich ein Wort des dissidentischen Ministerialrats Menzel zu der Abordnung aus Hamborn ein helles Licht: „Wohin in aller Welt sollen wir denn eigentlich die dissidentischen Schulräte bringen?" Der Gesichtspunkt die auf der Liste des Ministerialrats stehenden dissidentischen Schulräte unterzubringen, dürfte eigentlich gegenüber den berechtigten Forderungen der evangelischen Erziehung nur eine sehr untergeordnete Rolle spielen dürfen.

Man darf gespannt sein, wie sich die Lage weiter entwickeln wird. Jedenfalls aber zeigt dieser Vorfall, wie nötig es ist, daß endlich einmal das Reichsschulgesetz herausgebracht wird, das durch eine gesetzliche Regelung derartige Vorkommnisse unmöglich machen soll.

— **Der Volksbund der Bücherfreunde, Wegweiser-Verlag, G. m. b. H., Charlottenburg, Berliner Straße 42/43, der größte und älteste Buchverband Deutschlands,** wurde anläßlich der „Großen Polizei-Ausstellung Berlin 1926" von der preußischen Staatsregierung in Anerkennung hervorragender Verdienste als einziger Buchverband mit dem Staatspreis der preußischen Staatsregierung ausgezeichnet.

„Dorothea Angermann" in Wien

Zu der Uraufführung von Gerhart Hauptmanns „Dorothea Angermann" im Theater in der Josefstadt unter Max Reinhardts Führung hatte sich das ganze literarische und gesellschaftliche Wien eingefunden, um den Dichter, der persönlich anwesend war, zu feiern. Dabei kam es nicht auf das Werk an, das, an den in die Literaturgeschichte eingegangenen großen Dichtungen Hauptmanns gemessen, sicherlich nicht zu den glücklichsten Eingebungen seiner Kunst gehört. Die Alltagstragödie von der Pastorentochter, die, um eines Fehltrittes willen verstoßen, immer tiefer fällt, vermag den zeitgenössischen Menschen nur dadurch zu interessieren, daß Gestalten auf die Bühne gebracht werden, die ein wirklicher Dichter erschaut hat. Was diese Menschen tun und treiben, sei es der brutale Koch, Dorotheas Verführer, oder der Privatgelehrte, dem sie unerreichbares Ideal bleibt, ist klischee. Die aus der Romantik des Kinos übernommenen Vorgänge in Amerika könnten in einem Theaterstück einen belebenden Bühnenreiz auch verkommen. Aber hie und da leuchtet ein Satz auf oder türmt sich eine Szene empor, etwa die des Wiedersehens der beiden Brüder in der Fremde, wo deutsche Gefühlstiefe und Innigkeit sich mit einem großen Künstlergeist berühren, der in seiner Zeit weithin leuchtend dasteht, wenn auch die Wellen der Epoche schon lange über seine ragende Gestalt hinströmten. Man spürt hinter den Vorgängen das Walten eines unheilvollen Geschicks, dabei aber das mitfühlende Erbarmen des Dichters mit seiner unglücklichen Heldin.

Wie im „Kollegen Crampton" die Figur des Halbkünstlers im Mittelpunkt steht, allerdings hier fein ziseliert und ins Komische gezogen, so ist es in „Dorothea Angermann" der Halbmensch, die Frau, die von ihren Sexualinstinkten auf die eine Seite, von ihrer Seele und Geistigkeit auf die andere Seite gezerrt wird. Dagny Servaes vermochte diesen Konflikt, der bis zu exotisch verderbtem Tirnentum führt, in wunderbarer Weise glaubhaft zu machen. Als sie endlich durch Gift von ihren irdischen Qualen erlöst wird, atmeten die Hörer, aufs tiefste berührt, auf. Die Gestalt des brutalen, lebenskräftigen Kochs war bei Oskar Homolka aufs beste aufgehoben, dem das Brüderpaar Dirmofer und Kayßler, die dem Leben zerbrochenen, aber geistig ungemein fein organisierten Menschen, gegenüberstand. Den Pastor selbst gab Herr Stahl-Nachbaur, in der ehernen Formung der Figur seinem Namen Ehre machend.

Die Regieleistung Max Reinhardts wurde in ihrer außerordentlichen Feinheit allgemein anerkannt. Der Dichter wohnte der Aufführung selbst bei. Schon nach dem zweiten Akt begannen die Ehrungen. Nach Schluß des Stückes wollte der Beifall kein Ende nehmen. Dreißig Hervorrufe konnte man zählen, und noch immer ging der Vorhang auf und nieder. Das deutsche Publikum brachte seinem bedeutendsten Bühnendichter seine Huldigung dar.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192611262-16/fragment/page=0003

Handelsnachrichten

Der neue Reichswirtschaftsrat

Der Inhalt des Gesetzentwurfes*)

Nunmehr liegt der Entwurf eines Gesetzes über den Reichswirtschaftsrat und der Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes über den Reichswirtschaftsrat vor, die der Reichswirtschaftsminister dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung überwiesen hat. Der erste Entwurf ist verhältnismäßig kurz. § 2 des Entwurfes setzt die Zahl der Mitglieder des künftigen Reichswirtschaftsrates auf 123 (bisher 326) ständige Mitglieder fest, außerdem können für einzelne Sitzungen oder Verhandlungsgegenstände nichtständige, stimmberechtigte Mitglieder nach Maßgabe des Ausführungsgesetzes einberufen werden. § 3 bestimmt, daß wirtschaftspolitische und sozialpolitische Gesetzentwürfe von grundlegender Bedeutung von der Reichsregierung vor ihrer Einbringung dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden sollen. Soweit tunlich, soll die Reichsregierung den Reichswirtschaftsrat schon bei den Vorarbeiten hören. Ist dies geschehen, so gibt die Reichsregierung dem Reichswirtschaftsrat den Entwurf spätestens mit der Vorlegung beim Reichsrat bekannt, auch wenn sie die Abgabe eines nochmaligen Gutachtens hierzu nicht erfordert. Die Reichsregierung soll die Gutachten dem Reichsrat und dem Reichstag zusammen mit den Gesetzentwürfen vorlegen. Aus der Mitte des Reichstags eingebrachte grundlegende wirtschafts- und sozialpolitische Entwürfe soll die Reichsregierung dem Reichswirtschaftsrat nicht später als dem Reichsrat mitteilen. Erstattet der Reichswirtschaftsrat ein Gutachten, so soll es die Reichsregierung dem Reichsrat und dem Reichstag unverzüglich vorlegen. Die Reichsregierung sowie die gesetzgebenden Körperschaften, einschließlich der Ausschüsse, können verlangen, daß Gutachten des Reichswirtschaftsrats in diesen Körperschaften mündlich erläutert werden. § 4 legt künftig das Recht des Reichswirtschaftsrats fest, von sich aus wirtschaftspolitische und sozialpolitische Gesetzesvorlagen von grundlegender Bedeutung zu beantragen, die die Reichsregierung in jedem Fall beim Reichstag einbringen muß. Die Vollversammlung oder die Ausschüsse des Reichswirtschaftsrats können die Vorlage durch Beauftragte vor dem Reichstag vertreten lassen.

Der Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes über den Reichswirtschaftsrat behandelt in Abschnitt 1 die Mitgliedschaft, im Abschnitt 2 die Organisation und Arbeitsweise des Reichswirtschaftsrats. Abschnitt 3 behandelt die Ermächtigung der Reichsregierung hinsichtlich der Aufwandentschädigungen, Freifahrt, Wahlprüfung, Einberufung sowie Uebergangsbestimmungen. Die Reichsregierung beruft innerhalb von drei Monaten nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes den Reichswirtschaftsrat ein.

Eine eingehende Begründung zu den beiden Gesetzentwürfen geht zunächst auf die Geschichte des durch Verordnung der Reichsregierung vom 4. Mai 1920 ins Leben gerufenen vorläufigen Reichswirtschaftsrates ein. Sie behandelt die im Laufe der 6 Jahre erfolgten Wandlungen.

Die dringender werdenden Wünsche nach baldiger Ueberführung des vorläufigen in einen endgültigen Reichswirtschaftsrat veranlaßten die Regierung zu dem vorliegenden Gesetzentwurf, der freilich, da er auf die in Artikel 165 der Reichsverfassung vorgesehene gleichzeitige Errichtung des Reichsarbeiterrats verzichtet, zu seiner Annahme einer verfassungsändernden Mehrheit bedarf. Die Entwürfe gingen im wesentlichen von dem Grundgedanken aus, die Zusammensetzung und Arbeitsmethode, wie sie sich zuletzt ergeben hatten — das Wesnim des vorläufigen Reichswirtschaftsrates war seit Juni 1923 überhaupt nicht mehr zusammengetreten, und die eigentliche Arbeit lag in den Ausschüssen — auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen.

Um den Interessenausgleich zwischen Arbeitgebern und -Nehmern zu gewährleisten, wird der Gedanke der Parität zwischen diesen Gruppen in Anlehnung an Artikel 165 festgehalten, diese Parität wird jedoch nicht mehr, wie bisher, innerhalb der Gruppen 1—6, sondern zwischen der Gesamtheit der den Abteilungen 1 und 2 angehörenden Vertretern verwirklicht. Demgemäß ist für die Abteilung der Arbeitnehmer auf eine Gruppenbildung völlig verzichtet. Der Entwurf macht den Vertretungskörperschaften der Arbeitnehmer und den großen Gewerkschaftsorganisationen für die von ihnen gemeinsam auszuübende Benennung die Auflage, eine bestimmte Mindestzahl von Arbeitnehmern der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Heimarbeit zu entsenden.

Der Vorstand des Reichswirtschaftsrates hat nunmehr für die Erzielung einer einheitlichen Geschäftsführung erweiterte Vollmachten, er hat besonders die zweckmäßige Besetzung der Ausschüsse zu übernehmen und dafür zu sorgen, daß nichtständige Mitglieder aus Kreisen, die nicht durch ständige vertreten sind, wenn diese Kreise durch bestimmte Verhandlungsgegenstände berührt werden. Auch Sonderausschüsse unterliegen der Zustimmung des Vorstandes. Unter Hinzuziehung von sechs ständigen Mitgliedern hat dieser das Recht, Abänderungen der Geschäftsordnung zu beschließen. Die Vollversammlung tritt auf Grund eines mit ⅔ Mehrheit gefaßten Beschlusses des Vorstandes zusammen und ist im übrigen nur dann zu berufen, wenn die Reichsregierung es verlangt oder ⅓ der ständigen Mitglieder es beantragen. Eine Sonderstellung unter den Ausschüssen nimmt der „Ermittlungsausschuß" ein, der nach dem Vorbild des bestehenden Enqueteausschusses die gesetzliche Grundlage für noch notwendig werdende Sonderenqueten schaffen soll. Dieser Ausschuß soll seine Arbeiten in einem geschlossenen, für die Dauer einer Untersuchung unveränderlichen Kreis von Mitgliedern erledigen, da nur hierdurch die Vertraulichkeit seiner Verhandlungen hinreichend verbürgt wird.

*) Ein weiterer Artikel über die Zusammensetzung des Reichswirtschaftsrates folgt in der nächsten Nummer der „Hallischen Zeitung".

Geheimrat Arnhold gestorben. Der Seniorchef des bekannten Bankhauses Gebr. Arnhold in Dresden und Berlin, Geheimer Kommerzienrat Georg Arnhold, ist heute gestorben. Neben seinen weitverzweigten Bank- und Industrieinteressen, die ihm eine bevorzugte Stellung in der deutschen Industrie verschafften, — er war Vorsitzender des A.-R. von 15 und Mitglied des A.-R. von weiteren acht Aktiengesellschaften — hat sein besonderes Interesse der Kunst gegolten. Seine Fürsorge für seine Angestellten bewies er u. a. durch Schaffung des Gebr. Arnhold-Pensionsvereins.

Mansfeld A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb in Eisleben. Die Firma zum Interessenrat von Aktien der Hallesche Pfännerschaft A.-G. in Aktien der Mansfeld A.-G. ist laut Bekanntmachung im Anzeigenteil bis zum 30. Dezember d. J. verlängert worden. Die bis zu diesem Termin nicht eingereichten Aktien werden für kraftlos erklärt.

Landkraftwerke Leipzig A.-G., Kulkwitz. Das Unternehmen konnte in dem am 30. Juni beendeten Berichtsjahr seinen Stromabsatz um 5,4 Prozent auf 64,89 Mill. Kilowattstunden erhöhen. Dabei ermäßigten sich die Verwaltungskosten auf 0,51 Mill. Mk. und Betriebsausgaben auf 2,82 Mill. Rm. Es verbleiben 1,02 Mill. Rm. Reingewinn, aus dem 6 Prozent (5 Prozent Dividende auf die Stamm- und 10 Prozent (10 Prozent) Dividende auf die Vorzugsaktien verteilt werden sollen. In Ergänzung zu den von uns bereits mitgeteilten Abschlußziffern sind noch einzelne Ausführungen aus dem Geschäftsbericht zu entnehmen, so daß der Jahresabschluß sich um 5 Prozent höher stellt als der des Vorjahres. Die Stromabgabe stieg von 61 586 121 Kilowattstunden auf 64 892 251 Kilowattstunden, mithin um 5,36 Prozent; sie verteilt sich mit 87,96 Prozent auf hochspannungsseitige und mit 12,05 Prozent auf niederspannungsseitige Abgabe. In das Netz gegeben wurden 74 414 461 Kilowattstunden, wovon 54 352 159 Kilowattstunden auf Kulkwitz entfielen. Der Gesamtanschlußwert erhöhte sich von 141 392 auf 153 146 Kilowattstunden. In der Bilanz erscheinen Gläubiger mit 6 634 349 Rm. Demgegenüber sind andererseits auch Forderungen auf 4 585 352 Rm. angewachsen. Wertpapiere und Beteiligungen stehen mit 2 227 381 Rm. fast unverändert zu Buch. Ueber die Aussichten des laufenden Geschäftsjahres werden keine Angaben gemacht.

A.-G. für Kohleverwertung, Essen. Die a. o. H.-V. beschloß einstimmig die Erhöhung des A.-K. um einen Betrag bis zu 24 837 100 Rm. durch Ausgabe von 24 500 Aktien zu je 1000 Rm. und 3371 Aktien zu je 100 Rm. Das A.-K. beträgt nunmehr 25 Mill. Rm. Die Aktien lauten auf Namen und können nur mit Zustimmung einer Dreiviertel-Mehrheit der H.-V. übertragen werden. Die Einzelheiten der Aktienausgabe sowie den Zeitpunkt und die Höhe der Einzahlungen bestimmt der Vorstand im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat. Eine Reihe von Zechen behielt sich noch mit kurzer Frist ihre Zustimmung zu der Verlängerung der bis zum 31. Dezember d. J. laufenden Reserven vor. Diese umfassen bekanntlich die Verpflichtung, in der Gasfernversorgung und der Fernheizung nicht getrennt vorzugehen. Hierzu erklärt der DHD., daß es sich dabei um ein Konkurrenzverbot lediglich für Gas-Fernversorgung handelt. Auf dem Gebiete der Kohlenchemie wird ein Konkurrenzverbot noch nicht ausgesprochen. Für Kohleverflüssigung beabsichtigt man vorläufig gemeinsame Laboratoriumsarbeiten, während die Stickstoffherstellung nach wie vor auch in größerem Ausmaße für Mischdünger-Erzeugung Klöckner, Mont Cenis (Röchling) freibleibt.

Londoner Goldpreis. Der Londoner Goldpreis gemäß § 2 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über wertbeständige Hypotheken beträgt vom 24. November ab für eine Unze 84 sh 10 d, für ein Gramm Feingold demnach 82,7294 pence.

Die Verwendung der öffentlichen Gelder

Der V. Unterausschuß der Enquete-Kommission setzte heute seine Vernehmungen über die Verwendung der öffentlichen Gelder fort. Der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums erklärte, das Vermögen der Sozialversicherung werde im allgemeinen unterschätzt. Bezüglich der Krankenversicherung werde demnächst vom Statistischen Reichsamt eine Abhandlung herausgegeben. Es bestanden 7800 Krankenkassen, und es seien etwa 18¼ Mill. Arbeiter und Angestellte versichert. Im Jahre 1924 betrugen die Einnahmen 960 Mill., die Ausgaben 964 Mill.; 1925 betrugen die Einnahmen 1951 Mill., die Ausgaben 1189 Mill. Rm. Das Vermögen der Krankenkassen einschl. der Rücklagen betrug 1924 252 Mill. Rm., 1914 413 Mill. M. In der Rücklage befinden sich nur 63 Mill. Rm. — Die Invalidenversicherung mit 35 Kassen hatte 1924 ein Barvermögen von etwa 2 Milliarden Mark. Im Jahre 1926 kommt sie noch gerade am Defizit vorbei. Sie hatte 1925 549 Mill. Rm. Einnahmen und 560 Mill. Rm. Ausgaben, 1926 637 Mill. Rm. Ausgaben und 610 Mill. Rm. Einnahmen. 1927 werden die Einnahmen auf 662 Mill. Rm., die Ausgaben auf 660 Mill. Rm. geschätzt. — Bei den Berufsgenossenschaften betrugen 1924 die Einnahmen 212 Mill. Rm., die Ausgaben 208 Mill. Rm., die Rücklagen betrugen 1925 rund 23 Mill. Rm., sie bestehen zur Hälfte aus Grundstücken. Die knappschaftlichen Krankenkassen hatten 1924 ein Vermögen von 34,9 Mill. Rm.

Die Pensionskassen hatten 1925 in der Arbeiterabteilung 46 Mill. Rm. Vermögen, in der Angestelltenabteilung 15 Mill. Rm., dazu Alt-Vermögen von 19 Mill. Rm. — Das Reichsarbeitsministerium hat die Richtlinien für die Vermögensanlagen der Versicherungsanstalten festgelegt. Der Präsident der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte stellt fest, daß das Vermögen der Reichsversicherungsanstalt am 1. Oktober 1926 488 Mill. M. betrug, darunter Anleihen des Reichs und der Länder 50 Mill., Obligationen 73 Mill., Schuldscheindarlehen an Gemeinden 48 Mill., Hypotheken 115 Mill., daneben das alte Vermögen im Betrage von rund 42 Mill. Der Rest ist bei gemeinnützigen Unternehmen angelegt. Die Anlagen sind durchweg langfristig angelegt, außer den kurzfristigen Anlagen bei den öffentlichen und privaten Banken im Betrage von etwa 20 Mill. M. Die Verzinsung beträgt im wesentlichen 7 und 8 Prozent, bei gemeinnützigen Unternehmen 6½ Prozent. Der Reichsbankpräsident erklärte, wenn auch nur 1 pro Mille der Kassenbestände der sozialen Versicherungen bei der Reichsbank angelegt seien, so seien diese doch nicht so groß, um eine besondere Rolle beim Geldumlauf zu spielen. In der kürzlich genannten Summe von 2½ Milliarden Mark seien sie nicht einbegriffen. Eine Spezifikation dieser von ihm genannten Summe will der Reichsbankpräsident nur in vertraulicher Sitzung geben. Mit Ausnahme der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte seien die sozialen Versicherungen heute arm.

In der Erwerbslosenversicherung ist zurzeit der Aufwand etwa 90—100 Mill. pro Monat. Die Hälfte wird von Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufgebracht. Rücklagen sind zurzeit nicht vorhanden. Im Jahre 1925 wurden vereinzelt Rücklagen geschaffen, doch wurden sie bald wieder aufgezehrt. Die produktive Erwerbslosenfürsorge wird zum wesentlichen Teil bestritten aus Mitteln des Reiches und der Länder. Diese Mittel laufen auf dem normalen Wege auf, irgendwelche Bestände werden nicht angesammelt. Der höchste Betrag, der an Rücklagen in der Erwerbslosenfürsorge gesammelt worden sei, habe im Oktober 1925 etwa 57 Millionen Mark betragen. In der zukünftigen Arbeitslosenversicherung wolle man eine derartige Ansammlung von Rücklagen verhindern. Geheimrat Völtz sprach dann über die Mittel für die Wohnungsfürsorge und entwickelte die Verfahren in den einzelnen Ländern. Er sprach dann weiter über den bekannten 200-Millionenkredit zur Ankurbelung der Wirtschaft. Die Ausführungen gipfelten darin, daß die Gelder im allgemeinen erst abgerufen werden, wenn sie benötigt sind, irgendwelche Ansammlungen also nicht stattfinden.

Es wurde dann die Reichsmonopolverwaltung besprochen. Der Vertreter der Reichsmonopolverwaltung erklärte, sie besitze überhaupt keine Fonds, sondern sie habe lediglich einen Betriebsmittelkredit von der Reichshauptkasse zur Verfügung gestellt bekommen, der nur nach Maßgabe der Notwendigkeit in Anspruch genommen werde. Das Reichsfinanzministerium hatte eine Aufstellung über die von ihm verwalteten Fonds schriftlich eingereicht.

Der Präsident der Preußischen Staatsbank sprach alsdann über die Verhältnisse bei der Staatsbank. Die Guthaben bei der Staatsbank bestehen zum größten Teil aus öffentlichen Geldern. Ihre Anlage wird entsprechend der letzten Zweimonatsbilanz spezifiziert. Der Reichsbankpräsident betont, daß die Reichsbank im Verwaltungsrat der Seehandlung vertreten sei und keine Einwendungen gegen die Anlagen der Seehandlung zu machen habe. Diesfrage des Geldausgleichs zwischen Berlin und der Provinz werde sehr bald eine Erleichterung erfahren durch die Einführung des telegraphischen Reichsbankschecks. Der Vorsitzende kam dann auf die Frage der Zentralisierung der öffentlichen Gelder bei der Reichsbank. Dr. Schacht erklärte, es sei selbstverständlich, daß die Reichsbank die Gelder schließlich nicht anders als jetzt anlegen könne. Die Hauptfrage sei, daß heute das Reich mit Steuermitteln Bankgeschäfte betreibe. Die Selbständigkeit der einzelnen Fonds habe zur Folge, daß sie wesentlich größer seien. Durch Zusammenfassung könnten große Ersparnisse vorgenommen werden und es scheine ihm ganz zweifellos, daß dadurch auch eine Einschränkung des Notenumlaufs möglich sei.

Zur kommenden Weltwirtschafts-Konferenz

Diese Statistik, die deutlich zeigt, wie Europa bei noch immer steigender Bevölkerung in Produktion und Handel gegenüber den anderen Erdteilen ins Hintertreffen geraten ist, wurde der vorbereitenden Kommission für die kommende Weltwirtschaftskonferenz unterbreitet. Wenn die Zahl 100 im Jahre 1913 als Grundlage genommen wird, kommt man zu den für die verschiedenen Erdteile oben angegebenen Indexzahlen.

Gleichbleibende Einschränkungsquote der Deutschen Rohstoffgemeinschaft. Obwohl die tatsächliche Einschränkung der Rohstoffgemeinschaft auf 10—12 Proz., teilweise noch darunter geschätzt wird, man die offizielle Einschränkungsquote für den Monat Dezember mit 20 Prozent voraussichtlich unverändert lassen. Diese Maßnahme erklärt sich aus der vorsichtigen Politik der Verwaltung der Deutschen Rohstahlgemeinschaft, die Einschränkungsquote möglichst stabil, unter Vermeidung jeder, auch nur vorübergehenden Erhöhung, zu halten.

Zurückweisung der Angriffe Hoovers gegen das deutsch-französische Kalimonopol durch den Präsidenten der Potash Importing Corp. of Am. In einem Briefe wendet sich der Präsident der Potash Importing Corp. of America, Howe, an den Staatssekretär des amerikanischen Handelsministeriums, Hoover, der bekanntlich die Kalindustrie als ein zu verurteilendes ausländisches Monopol bezeichnet hatte. Howe weist darauf hin, daß weder Deutschland noch Frankreich noch andere Länder ein Kalimonopol besäßen. Die Preise des importierten Kalis seien ebenso niedrig oder niedriger als 1914, während viele andere künstliche Düngemittel, besonders die in Amerika produzierten, bedeutend teurer seien. Die Vertragspreise für der Kalindustrie seien vor allem durch die nach dem Kriege erfolgte Einführung besserer Methoden ermöglicht.

Voigtländische Maschinenfabrik (vorm. J. C. u. H. Dietrich) A.-G., Plauen i. V. In der Aufsichtsratssitzung, der die Bilanz per 30. Juni 1926 vorlag, wurde beschlossen, der auf den 15. Dezember einzuberufenden o. H.-V. vorzuschlagen, von dem Bruttogewinn von 1 251 617 (i. V. 3 265 248) Rm. 1 201 077 (1 085 935) Rm. zu Abschreibungen zu verwenden und den verbleibenden Reingewinn auf neue Rechnung vorzutragen. Eine Dividende kommt somit wie im Vorjahr wieder nicht zur Verteilung.

Turnen, Spiel und Sport

Kegelsport

Seniorenmeisterschaftskämpfe im Lokalverband Hallescher Kegelklubs.

Am 21. d. M. starteten auf den Bahnen des Kegelheims „Paradies" 20 A.-H. über 60 Jahre um die Seniorenmeisterschaft im Lokalverband. Jeder hatte 100 Kugeln in die Vollen auf Asphalt abzurollen. Die Pioniere des Kegelsports erfüllten die ihnen gestellte Aufgabe mit bewundernswerter Ausdauer. Die von den einzelnen Startern erzielten z. T. beachtenswerten Resultate lassen erkennen, daß die A.-H. nach wie vor ihren Sport mit der erforderlichen Hingabe betreiben. Selbst der nunmehr 82jährige Ritsche erschien noch am Start, rollte seine 100 Kugeln ohne jede Anstrengung ab und erzielte dabei 389 Holz.

Aus den Kämpfen ging Franz Werner mit 531 Holz als Seniorenmeister für 1926/27 hervor. Der Ehrenvorsitzende des Verbandes, Otto, belegte mit 525 Holz den zweiten Platz, und Hugo Hein folgte mit 502 Holz als Dritter.

Damenwanderpreiskegeln.

Um den Damen-Wanderpreis des Verbandes bewarben sich sämtliche Damenklubs. Jeder Klub stellte eine Mannschaft. Jede Dame hatte 40 Kugeln in die Vollen abzurollen. Den Wanderpreis errang der Klub „Edelweiß" mit 1091 Holz, „Paradiesvogel" erzielten 1061 Holz und „Fidele Kegelschwestern 966 Holz.

Beste Einzelergebnisse: Frau Florstedt 217 Holz, Frau Andrae 213 Holz, Frau Hirsch 211 Holz.

Sportabzeichen des D. K. B.

Anläßlich der Heimweihe in Weißenfels bewarben sich 160 Sportkegler des Mitteldeutschen, Thüringer und Sächsischen Gaues um das Sportabzeichen des D. K. B. Von diesen konnten nur 8 Sportkegler die gestellte Bedingung, bei 200 Kugeln in die Vollen auf Asphalt 1100 Holz zu erreichen, erfüllen, davon vier Sportkegler aus Halle, und zwar: Riehoff mit 1128 Holz, einmal das Abzeichen in Bronce, Prömmel mit 1114 Holz, zweimal das Abzeichen in Gold, Becker, Fr., 1105 Holz, zweimal das Abzeichen in Silber, Wiese, Otto, 1100 Holz, einmal das Abzeichen in Bronce.

Pferdesport

Unsere Voraussagen für die Frettags-Rennen.

Enghien.

1. Crafty Boy — Longwood II. 2. Sourcier — Club Danneo. 3. Stall Kahn — Ariane. 4. Golden Fan — Le Hic. 5. Dada — Stall G. Fride. 6. Le Panache — Rhadamante.

Druck und Verlag von: Otto Thiele.
Leiter der Redaktion: Adolf Lindemann.

Verantwortlich für Politik: Adolf Lindemann; für Lokales, Kunst und Unterhaltung: Dr. Otto Heidrich; für Volkswirtschaft, Mitteldeutschland und Sport: Dr. Hans Hohnsbein; für den Anzeigenteil: Paul Kreyer; sämtlich in Halle. — Sprechstunden der Schriftleitung: Donnerstags 12—1 Uhr, übrige Schriftleitungszeit 11—12 Uhr. — Berliner Schriftleitung: Berlin SW 61, Blücherstraße 12. Leitung: Alfred Klemt.